



Gemeinsame Erklärung des „Brandenburgischen Ausbildungskonsens“

Die Ausgangslage auf dem Ausbildungsmarkt in Brandenburg hat sich seit Gründung des Ausbildungskonsenses im Jahr 2003 grundlegend verändert: Nicht mehr der Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen, sondern vorhandene Passungsprobleme sind die zentrale Herausforderung auf dem Ausbildungsmarkt. Die Partner des Ausbildungskonsenses sehen die Gleichzeitigkeit von unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern und unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen mit großer Sorge. Anknüpfend an die letzte Erklärung des Ausbildungskonsenses aus dem Jahr 2012 vereinbaren die Kammern, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Gewerkschaften, Unternehmensverbände und die Landesregierung, dass das duale Ausbildungssystem deutlich gestärkt werden muss, damit die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Brandenburg gelingt.

Die Partner des Ausbildungskonsenses treten gemeinsam für eine Aufwertung der betrieblichen Ausbildung in der Brandenburger Bildungslandschaft ein. Nur durch gute Berufsorientierung, betriebsnahe Berufsvorbereitung, attraktive Ausbildungsplätze und durch das Erschließen weiterer Ausbildungsstellen können die Ausbildungsprobleme gelöst und das duale Bildungssystem nachhaltig gestärkt werden. Gradmesser für eine gute Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaft ist eine hohe Zahl an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Der Ausbildungskonsens verständigt sich auf das Ziel in den nächsten zwei Ausbildungsjahren jeweils die Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge über 10.000 Verträge zu halten. Darüber hinaus erklären die Partner des Ausbildungskonsenses folgende Ziele als gemeinsame Arbeitsschwerpunkte:

Weniger Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss

Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss wird in Brandenburg weiter gesenkt. Der Schulabschluss ist die zentrale Voraussetzung für den erfolgreichen Einstieg der Jugendlichen in die berufliche Ausbildung und eine spätere nachhaltige Beschäftigung.

Mehr systematische Berufsorientierung für alle Schülerinnen und Schüler

Die allgemeinbildenden Schulen des Landes verwenden zur Dokumentation der Berufsorientierung einheitlich den Berufswahlpass. Es ist darüber hinaus beabsichtigt, allen Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe eine Potentialanalyse zu ermöglichen. Potentialanalyse, hochwertige Schülerbetriebspraktika sowie der Berufswahlpass gewährleisten eine systematische schulische Berufsorientierung mit hoher Qualität. Berufsorientierung als Voraussetzung für fundierte Berufswahlentscheidungen kann einen wesentlichen Beitrag leisten, die vorzeitige Auflösung von Ausbildungsverträgen zu senken. Die allgemeinbildenden Schulen intensivieren ihre Zusammenarbeit mit den Beratungsfachkräften der Agenturen für Arbeit und regionalen Betrieben sowie den Oberstufenzentren. Ein guter Partner ist dabei das Netzwerk Zukunft: Schule-Wirtschaft sowie die regionalen Arbeitskreise.

Weniger unversorgte Bewerberinnen und Bewerber

Die Integration der Jugendlichen in Ausbildung bzw. in entsprechende Unterstützungsangebote soll insbesondere durch die Bildung von regionalen Arbeitsbündnissen der Agentur für Arbeit, Jobcenter und Träger der Jugendhilfe verbessert werden (Jugendberufsagenturen). Durch Zusammenführung von lokalen Beratungs- und Informationsaktivitäten am Übergang Schule und Beruf sowie zusätzliche ehrenamtliche und professionelle Hilfen sollen die Kenntnisse der Jugendlichen und deren Eltern über betriebliche Ausbildungsoptionen in der Region verbessert werden. Hierzu startete bereits im Jahr 2013 die Initiative der Landesregierung „Türöffner: Zukunft Beruf – Brandenburger Netzwerk für Jugendliche“ in Abstimmung mit den entsprechenden Maßnahmen und Aktivitäten der Agenturen für Arbeit an den Schulen.

Mehr Praxis in der Berufsvorbereitung

Die Partner des Ausbildungskonsenses setzen sich dafür ein, bei der Umsetzung der Instrumente „Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen“ und „Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen“ den Lernort Betrieb noch stärker einzubeziehen. Sie setzen sich ebenfalls dafür ein, die Nutzung der „Einstiegsqualifizierung“ zur Erschließung weiterer Bewerberpotentiale zu erhöhen.

Mehr betriebliche Ausbildungsplätze in der Region

Die Partner des Ausbildungskonsenses setzen sich dafür ein, vor allem in den Berufen mit absehbaren Beschäftigungszuwächsen das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen deutlich zu erhöhen. Für diese Zukunftsberufe lassen sich ausreichend Bewerberinnen und Bewerber finden. Zur Sicherung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft können kleinere Unternehmen die durch das Land geförderte Verbundausbildung nutzen.

Weniger unbesetzte Ausbildungsstellen

Wesentlicher Ansatzpunkt zur Lösung von betrieblichen Besetzungsproblemen ist die Berücksichtigung aller Jugendlicher, dazu zählen Altbewerberinnen und Altbewerber, Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher, Jugendliche mit abgebrochener Berufsausbildung und vermeintlich leistungsschwächere Jugendliche. Künftig wird es für Betriebe unumgänglich sein, auch diesen jungen Menschen eine Ausbildungschance zu eröffnen. Dafür sollten die verschiedenen Unterstützungsinstrumente des Bundes genutzt werden. Für eine erfolgreiche und passgenaue Besetzung der Ausbildungsplätze stehen Ausbildungsbörsen der Kammern, das Fachkräfte-Portal der Landesregierung sowie der Arbeitgeber-Service und die Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit unterstützend zur Verfügung.


Weniger vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge

Eine hohe Qualität der Ausbildung und des Ausbilderpersonals trägt entscheidend zur passgerechten Qualifizierung des Fachkräftenachwuchses bei und leistet einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Zahl vorzeitiger Lösungen von Ausbildungsverträgen. Durch die Auszeichnung guter Ausbildungsbetriebe, umgesetzt durch den Brandenburgischen Ausbildungspreis, existiert ein effektives Kommunikationsinstrument für gute Ausbildungsqualität im Land Brandenburg. Die Auszeichnung wird fortgesetzt und weiterentwickelt.

Potsdam, den 5. August 2014

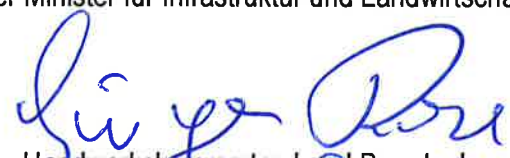

Der Ministerpräsident



Der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie


Die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport


Der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten


Der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft


Der Handwerkskammertag Land Brandenburg


Die Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg


Der Landesverband der Freien Berufe Land Brandenburg e.V.


Die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.


Der Deutsche Gewerkschaftsbund


Die Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Berlin - Brandenburg